

Mobbing und Gewalt: Schulen müssen jetzt jeden Fall melden

Bildungsministerin richtet Datenbank ein und will darin auch die Motive der Täter erfassen

VON ULF B. CHRISTEN

KIEL. Schleswig-Holstein schlägt im Kampf gegen Gewalttaten und Mobbing in Schulen einen neuen Weg ein. Die fast 800 Schulen im Norden müssen künftig alle Fälle von Schülergewalt mitsamt dem Konfliktgrund melden. Das Bildungsministerium will sich so erstmals einen genauen Überblick über das Ausmaß der Schülergewalt in Schleswig-Holstein und mögliche fremdenfeindliche, religiöse oder sexistische Motive verschaffen.

„Die neue Datenbank soll helfen, Konfliktursachen zu erkennen und sie so gut wie möglich abzustellen“, sagte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) unserer Zeitung. Für die Täter dürfe es keine Toleranz geben. „Die Opfer müssen wir schützen.“ Die Datenbank zur schulischen Gewalt ist eine Herzensangelegenheit von Prien. Die im Frühjahr eigens eingerichtete Stabsstelle

im Ministerium ist direkt der Hausspitze und damit der Ministerin unterstellt.

Melden sollen die Schulen Gewaltfälle, bei denen sie eine Ordnungsmaßnahme verhängt haben, also mindestens einen schriftlichen Verweis. Bildungsexperten schätzen, dass in einem Schuljahr landesweit mehrere Hundert Fälle zusammenkommen könnten.

Die Schulen sollen zum einen die „Art der Gewalttat“ melden. Die Bandbreite reicht von Mobbing über Diebstahl und Körperverletzung bis hin zu Tötungsdelikten. Im Visier hat Prien dabei nicht nur Taten im Klassenzimmer oder auf dem Schulhof, sondern auch solche in sozialen Netzwerken wie Facebook, wenn Schüler gezielt über Fotos oder Kommentare angefeindet werden.

Die Schulen müssen zum anderen auch den Anlass und den Hintergrund des Konflikts angeben. Das Meldesystem bietet den Lehrkräften folgen-



„Für die Täter darf es keine Toleranz geben. Die Opfer müssen wir schützen.“

Karin Prien (CDU),
Bildungsministerin

de mögliche „Tathintergründe“ an: „Politisch, Rechtsextrem, Linksextrem, Ethnisch/Kulturell, Antisemitisch, Rassistisch, Religiös begründet, Sexistisch, Mobbing, Sexuelle

Orientierung, Behinderung, Sonstige“. Prien hält dieses Raster für nötig: „Wir müssen möglichst viel über den Konfliktanlass hinter einem Streit unter Schülern wissen.“

Die Ministerin will so auch der öffentlich geäußerten Behauptung nachgehen, dass viele Gewalttaten in Schulen auf das Konto von Flüchtlingskindern gehen. „Wir müssen aufpassen, dass die aktuelle gesellschaftliche Diskussion nicht dazu genutzt wird, Resentiments gegen Muslime zu schüren.“ Bisher ist das Ministerium auch in diesem Bereich auf Vermutungen angewiesen. Nicht einmal über Gewaltfälle, in denen die Polizei ermittelt, wird das Schulressort standardmäßig informiert.

Prien betonte, dass Schulleitungen und Lehrkräfte über die neue Datenbank informiert worden seien. Zudem gebe es für das pädagogische Personal Fortbildungsangebote.

KOMMENTAR

ULF B. CHRISTEN

LANDESHAUSKORRESPONDENT



Datenbank mit Defiziten

Ein Pädagoge ist kein Polizeibeamter

► Das Thema Gewalt in Schulen wird bisher bundesweit meist mit Blick auf besonders schlimme Einzelfälle diskutiert. Insofern liegt Bildungsministerin Karin Prien mit ihrer Datenbank über Gewalttaten und Mobbing in Schulen richtig. Eine solche Fallsammlung kann nicht nur erstmals ein Gesamtbild vermitteln, sondern auch wichtige Fakten für eine seriöse Debatte über handgreifliche Konflikte in der Schule liefern.

Mit dem Melde-Raster schießt Prien allerdings über das Ziel hinaus. Ein Pädagoge ist kein Polizeibeamter und die Schulordnung nicht das Strafgesetzbuch. Die Klassifizierung der Gewalttaten, also Diebstahl oder Körperverletzung, scheint noch vergleichsweise einfach. Um so schwieriger dürfte die Ermittlung der Konfliktursache sein, also der Motivlage. Nicht jede Keilerei hat einen linken, rechten oder rassistischen Hintergrund. Manchmal schlagen Schüler einfach so über die Strenge, weil sie ihr Hirn komplett ausgeschaltet haben.

So oder so: Schleswig-Holstein gehört mit der Datenbank bundesweit zu den Vorreitern. Noch schöner wäre es, wenn das auch für die Gewaltprävention in Schulen gelten würde. Nachholbedarf besteht auch bei einer konsequenten Ahndung von Schulgewalt. Die Zusammenarbeit von Schule, Jugendamt, Elternhaus und Polizei klappt längst noch nicht überall im Land. Dieses Manko kann die Datenbank nicht beheben. Das ist und bleibt Aufgabe der Politik.